

# Die Graphische Presse.

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Noten-, Buchstich- und Tapetendrucker, Notensteher und verwandte Berufe.

Publikations-Organ des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsgen. des D. Senefelder-Bundes und der deutschen Vereine des Auslandes.

### Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mt. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 2573.) Für die Länder des Weltpostvereins Nr. 1, 25.

Redaktion, Druck und Verlag: Konrad Müller, Schreiner-Str. 10, in welcher alle Korrespondenzen, Annoncen, Bestellungen und Geldbeträge zu senden sind.

Redaktionsfrist: Dienstag.

### Insertion.

Für die beiseitige halbe Zeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abkommen unter Beibringung der Abkommensquittung, sowie Vereinsanzeigen 10 Pf. Beilagen nach Uebereinstimmung.

## Achtung, Lithographen!

In Firma Fleming, Aktien-Gesellsch., Glogau, sind Differenzen ausgebrochen, es wird versucht, bei den Lithographen die Arbeitszeit von 8 auf 9 Stunden zu verlängern. Die Lithographen haben die Arbeit ablehrend abgelehnt und die Stadt verlassen.

Die unter demselben Direktorium in Eidenoruf bei Glogau beschäftigten Lithographen und Steindrucker haben sich mit den Kollegen des Geschäftes in Glogau solidarisirt erklärt.

Zuschriften sind an den Steindrucker Th. Vogt, Glogau, Markt 8, zu richten.

In Niedersiedlitz b. Dresden, Firma Willner & Pils, Aktien-Gesellsch. sind wegen Einführung der Accordarbeit Differenzen ausgebrochen. Die dort beschäftigten Lithographen reichen ihre Kündigung ein, weil eine günstige Regelung abgewiesen wurde.

Die Protokolle der Generalversammlung sind an alle Zahlstellen versandt worden und sind unentgeltlich an die Mitglieder abzuliefern.

In unseren Händen befindet sich noch ein größerer Posten Protokolle, wo solche noch gewünscht werden, eruchen wir um Mitteilung.

Das neue Statut folgt in Kürze.

Der Vorstand.

## Die preussische Gewerbeaufsicht 1897.

I.

P. Br. Die preussischen Gewerbeinspektionsberichte sehen im folgenden Jahre insofern eine Neuerung entgegen, als dieselben fortan zweibändig erscheinen sollen, da ihr Umfang von Jahr zu Jahr größer wird. Gerade der vorliegende Berichtsband für 1897 verrät, daß die Berichte im Hinblick auf den begrenzten Umfang stark gekürzt sein müssen, mehr als für den Zweck der Veröffentlichung gut ist, denn wenn einzelne Berichte, wie die für Pommern, Breslau, Merseburg, Plegnitz, Trier u. nur 6—12 Seiten umfassen, in denen noch dazu über wichtige Erhebungen berichtet werden soll, so kann sich jeder einen Begriff von der Oberflächlichkeit und den zahlreichen Lücken solcher Berichte machen. Aber nicht allein die Berichte weisen Mängel auf, sondern vor allem die Inspektion selbst. Die preussische Gewerbeinspektion verfügt über einen Stamm guter Gewerbeberätere, deren die Durchführung und Verbesserung des Arbeiterschutzes wirklich am Herzen liegt, Beamte, die von der Kapitalistenpresse im Denunziantenelster als „Nachlaß der Aera Verleptich“ bezeichnet werden. Freilich sind sie alle in sozialpolitischer Hinsicht gleichwertig, aber doch müßte in der Hand solcher Beamten der Arbeiterschutz ganz anders wirken, wenn ihre Zahl nicht zu klein und ihr Arbeitskreis zu groß wäre. Durch Kesselrevisionen, Prüfung von Bauangelegenheiten, Ausnahmebewilligungen, Auskunftsverteilungen u. wird der eigentliche Revisionsdienst derart eingeschränkt, daß das minimale Ziel der Gewerbeaufsicht, jeden Betrieb wenigstens einmal jährlich

zu revidieren, nicht entfernt erreicht wird. In 15 Betrieben, aus denen die Gesamtzahlen der unterstellten Betriebe mitgeteilt sind, schwankt das Revisionsverhältnis zwischen 23,7% (Breslau) und 73,9% (Posen) der Betriebe und zwischen 53,1% (Plegnitz) und 82,7% (Münster) der Arbeiter. Obwohl nun im Berichtsjahre die Kesselrevisionen durch Ausschneiden der läudlich abgelegenen Kesselbetriebe stark erleichtert wurde, zu Gunsten der übrigen Inspektionshätigkeit und obwohl 4 neue Beamte angestellt wurden, so daß die Beamtenzahl 190 betrug, so trat doch gerade diesmal die Ueberlastung der Inspektion besonders hervor, woran nicht zum geringsten die von Jahr zu Jahr wachsende Nebenberufungen die Schuld tragen. So wurden im Jahre 1896 19 besondere Erhebungen angeordnet und im Berichtsjahre lagen den Beamten außer den wichtigen Erhebungen über die Notwendigkeit eines sanitären Maximalarbeitstages noch 13 andere Spezialfragen vor. Das alles sind zwar Aufgaben, für die die Gewerbeinspektoren besser geeignet sind, wie jede andere Behörde, aber dies beweist doch, daß die Aufgaben der Gewerbeaufsicht weit über den beschränkten Rahmen ihrer veralteten Organisation hinausgewachsen sind und daß eine Neuorganisation auf Grundlage eines besonderen Reichsarbeitsamtes mit Spezialabteilungen für Inspektion, Statistik, Versicherung, Wohnungswesen u. nicht mehr von der Hand zu weisen ist. Als freilich vor wenigen Wochen dieser Gedanke in der Presse propagiert wurde, hatten die Offizialen nichts eiligeres zu thun, als eine derartige Reform zurückzuweisen, angeblich, weil die Fabrikinspektoren schon eingehend genug über alle Arbeiterverhältnisse berichteten. Für den junkerlich-stumpfsinnigen Kurs Poldadowski mag der Inhalt dieser Berichte schon vielzuviel sein, für kritische und gründliche Sozialpolitik bleibt es aber kein beschämendes Armutzeugnis, als dieses Lob auf die jetzige Gewerbeinspektion und ihre Berichterstattung. Man prüfe nur einmal kritisch die dürftige und höchst unzuverlässige Betriebs- und Arbeiterstatistik, deren Aufnahme gegenwärtig in Händen der Ortspolizeibehörden liegt, die Unfallstatistik und so manches andere und nun gar erst die Durchführung der sanitären Erhebungen, die in ihren wichtigsten Punkten gerade an Mangel geordneter Verhältnisse auf arbeitsstatistischem Gebiete scheiterten. Wer demgegenüber noch die Notwendigkeit eines Reichsarbeitsamtes leugnet, der gerät in den dringenden Verdacht, ein Gegner jeder Förderung der Sozialpolitik zu sein.

Bei dem Unternehmertum ist das ja eigentlich selbstverständlich und tritt auch dort unverhüllt hervor, wo die Gewerbeinspektion energisch für die Durchführung des Arbeiterschutzes eintreten. So äußerten im Bezirk Schleswig die Fabrikanten wiederholt: „es wären nun genug Verbesserungen getroffen, gutwillig brächten sie weitere nicht zur Ausführung.“ Im Bezirk Coblenz verlangte ein wegen Nichtachtung behördlicher Anordnungen gerichtlich zu 32 Mt. Geldstrafe verurteilter Fabrikant vom Gewerbeamt diese Summe retour, da an solchem Gelde für den Staat kein Glück hängen kann!

Die wirtschaftliche Lage der Industrie war im allgemeinen ebenso günstig als im Vorjahre, das beweist der Umfang, daß die weiblichen und jugendlichen Arbeiter in demselben Maße zugenommen haben, wie 1896. Erwachsene Arbeiterinnen wurden in 18 621 (17 124\*) Anlagen in der Zahl von 337 504 (318 485) beschäftigt, eine Zunahme der Anlagen um 8%, der Arbeiterinnen um 6%, während in 23 136 (21 955) Anlagen 132 352 (121 266) Jugendliche und 1359 (988) Kinder gezählt wurden; hier beträgt das Mehr der Anlagen 5,4%, das der Jugendlichen 9,1% und das der Kinder gar 37,5%. Auch die männlichen erwachsenen Arbeiter haben in den Bezirken, von denen Angaben vorliegen, ganz erheblich zugenommen. Leider wird die Statistik der erwachsenen Arbeiter noch immer nicht einheitlich veröffentlicht. Deunruhigend wirkt vor allem die hohe Zunahme der Kinderarbeit, worüber der ostpreussische Bericht mittelt: „Die Wiedereröffnung von Kindern in die gewerbliche Arbeit, die seit Jahren fast aufgegeben war, ist in der Hauptsache ein Folge des dauernden Arbeitermangels in den hiesigen Landstrichen. Diese Ersetzung ist um so betragenswerter, als in allen Fällen, in denen Kinder in Fabriken angetroffen wurden, auch Verstöße gegen § 135, Abs. 2 festzustellen waren. In keinem Falle ließen sich die Unternehmer an der gesetzlichen sechsstündigen Beschäftigungsdauer genügen, vielmehr wurden die Kinder in den für jugendliche Arbeiter statthafteren Grenzen beschäftigt. Die größten Mehrereinstellungen von Kindern fanden sich in den Bezirken Ostpreußen, Breslau, Münster, Kassel, Westfalen, Koblenz und Köln, vor allem aber im Bezirk Düsseldorf, wo die Kinderzahl nahezu um 70% stieg. In Berlin dagegen hält der Rückgang der Kinderhände an. In den polygraphischen Fabriken wurden insgesamt 65 Kinder (gegen 58 im Vorjahre) beschäftigt, davon die meisten in den westlichen Provinzen. Daß mit dieser erhöhten Kinder- und Jugendausbeutung auch eine Zunahme der Jugendschuldvergehen Hand in Hand geht, war vorauszusetzen; dieselben sind von 9895 Vergehen im Jahre 1895 auf 10045 Fälle gestiegen, welche in 4458 Anlagen festgestellt wurden. Auf die polygraphischen Berufe entfallen 404 Vergehen in 199 Anlagen. Verstraft wurden aber im Ganzen nur 691 Personen (133 weniger als im Jahre 1896), davon 33 in der Polygraphie. Eine bei den Unternehmern beliebte Ausrede bei verbotener Kinderbeschäftigung ist die, daß die Kinder, ohne Vorwissen der Unternehmer und Meister, nur ihren Angehörigen bei der Arbeit helfen. Der Mindener Gewerbeamt wies seine Beamten an, dieser Ausrede hinfort keinen Glauben mehr zu schenken, sondern das Strafverfahren gegen die Gesetzesverlezer einzuleiten, was zu einer Reihe von Verurteilungen in diesem Bezirke geführt hat. Auch die jugendlichen Arbeiter werden oft in ganz unerhörter Weise ausgenutzt, so im Bezirk Düsseldorf, wo dieselben in einer Kassefabrik zu Nacharbeit und 24 stündigen Arbeitszeiten herangezogen wurden. Die Unternehmer und Betriebs-

\* In Klammern die entsprechenden Ergebnisse für das Jahr 1896.

leiter kamen in diesem Falle mit 50 Mk. Geldstrafe davon.

Ueberhaupt bietet die Milde der Polizeibehörden und Gerichte den Aufsichtsbeamten immer neuen Anlaß zu Klagen. So schreibt der Arnberger Beamte: „Ueberhaupt tritt in der Beurteilung von Uebertretungen der Arbeiterchutzgesetze bei den Polizeibehörden, wie bei den Gerichten meist eine den Industriellen günstige Auffassung zu Tage, welche geneigt scheint, der sozialen Gesetzgebung keine besondere Wichtigkeit beizulegen und Zuwiderhandlungen als mehr oder weniger belanglos anzusehen.“

Im Bezirk Cottbus hat die Einführung des 1896er Buchdruckerartikels zur Beschränkung der Vehringszahl geführt, da die Festsetzung eines Mindestlohnes die mittleren und großen Firmen nötige, mehr vollleistende Arbeitskräfte einzustellen und Sorge zu tragen, daß diese nicht durch die Ausbildung der Vehringer aufgehoben werden.

Die Zunahme der Arbeiterinnen erstreckt sich auf alle Industriezweige mit Ausnahme des Bergbaues und Hüttenwesens und der chemischen Industrie; auch in der Textilindustrie war der Zuwachs, der gebrochenen Lage wegen, nur gering. In den polygraphischen Berufen waren in 1905 (948) Fabriken 9095 (8998) Arbeiterinnen über 16 Jahre beschäftigt.

Die Arbeiterinnenschutzvergehen sind auch in Preußen in dauernden Rückgange begriffen, obwohl einzelne Verstöße, besonders die Ueberbeschäftigung an Sonnabenden, ganz beträchtlich (von 1017 auf 1646 Fälle) gestiegen sind.

nehmerproxiß in gleicher Weise ihre Aufmerksamkeit widmeten und darüber berichten, so würde eine Schandliste zusammen kommen, deren aufregende Wirkungen die Regierung sicher zu größerem Reformelster anspornen würde.

Die Ueberarbeitsbewilligungen sind auch in Preußen zurückgegangen, ein Beweis, daß durch ein Abschalten der Behörden der Ausbeutungslust der Unternehmer sehr wohl Schranken gezogen werden können.

langen Arbeitszeit zu erlangen. Die längste regelmäßige Arbeitszeit ist in den Ziegeleien üblich; doch machen sich auch hier Bestrebungen zu deren Verkürzung bemerkbar.

(Schluß folgt.)

Der II. internationale Kongress

der Lithographen, Steinrunder und Berufsgenossen. Als Grundlage der Verhandlungen dient das Londoner Statut, daselbe wird in dem Protokoll enthalten sein.

Die Klauseln, betr. Mitgliedsarten bei Reisen ins Ausland, sind in Vorschlag und Wogen angenommen; vieles andere ist jedoch dem nächsten Kongress zur Regelung überwiesen worden.

Die Aufnahme im freien Schweizland war eine sehr gute zu nennen und wurde auf dem Kongress der Dank der Schweizer Kollegen (organisierten) ausgesprochen.

Das ist etwas anderes als polizeiliche Ueberwachung und Bevormundung, wie wir sie in Deutschland gewöhnt sind. Aber auch finanziell hat die Stadt Bern zu den Kosten des Kongresses beigetragen.

Kollege Schmidt berichtet in der „Frankfurter Volkstimme“ wie folgt über den internationalen Kongress: Der Präsident des Lokalkomitees Gust. Siegel eröffnet morgens 9 Uhr den Kongress.

Von England sind 6 Delegierte erschienen, die Kollegen Kellen-Wandener, Spron-Glasgow, G. Hall, G. Douglas und A. Palace-London, C. Horrad-Wandener; von Deutschland die Kollegen Schöppe-Berlin, Schmidt-Frankfurt und Wehner-Kürnbreg; Frankreich wird ebenfalls durch drei Delegierte vertreten: Drchius und Pingenot-Berlin und Baraus-Dijon.

gierte: Scherer und Sauer-Bern. Die englischen Delegierten vertreten insgesamt ca. 52 000 organisierte Kollegen; die deutschen ca. 5000, die französischen ca. 1000; der Delegierte für Italien vertretet ca. 500 Organisierte.

Zum ersten Vorsitzenden wird Schöppe-Berlin ernannt, zum zweiten zunächst Scherer-Bern und zum Schriftführer Kollege Harrap-Manchester. Die Redezeit wird für die Antragberathung auf 10 Minuten, für die Debatte auf 5 Minuten beschränkt. Als Abstimmungsmodus wird bestimmt, die Vertreter der einzelnen Länder sollen für je 100 ihrer organisierten Kollegen eine Stimme haben.

Zum Hauptgegenstand der Tagesordnung Gründung eines internationalen Sekretariats der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen stellen die deutschen und Schweizer Delegierten die prinzipiellen Anträge. Die Thätigkeit des Sekretariats zunächst auf die Unterstützung der wirtschaftlichen Lage der Kollegen in den einzelnen Ländern und auf eine diesbezügliche regelmäßige Viertel- oder halbjährliche Berichterstattung in den Fachblättern zu beschränken; von der Schaffung eines internationalen Widerstands-Streikfonds vorläufig abzusehen.

Nach längerer Debatte, in welcher seitens eines englischen Delegierten die Anträge gestellt wird, ob die deutschen Vertreter nicht hoffen, als Beitrag zu dem intern. Sekretariat wenigstens 40 Pf. pro organisierten Kollegen jährlich zu leisten, wird, nachdem der Schweizer Antrag zurückgezogen und der deutsche gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, einen Beitrag für die Kosten des Sekretariats, sowie den Widerstandsfonds von 40 Pf. (50 Centimes) pro organisierten Kollegen zu leisten, einstimmig angenommen.

Hierauf wird zunächst nach längerer Debatte und nachdem der Beschluß gefaßt war, eine Bestimmung in das Statut aufzunehmen, wonach jedem Kongreß das Recht vorbehalten bleibt, das Land zu wählen, in welchem sich für die nächste Periode der Sitz des Sekretariats befinden soll, für die Zeit bis zum nächsten intern. Kongreß England als Sitz des Sekretariats gewählt; die betreffende Stadt zu wählen, bleibt den einzelnen englischen Organisationen überlassen. Damit schließen die Verhandlungen des ersten Tages.

Der Vorsitzende Schöppe-Berlin eröffnet morgens 1/8 Uhr die dritte Sitzung. Von den italienischen Kollegen ist ein Beglaubigungsschreiben eingetroffen, in welchem sie erklären, sich dem geplanten Vertrage bezüglich des intern. Sekretariats anschließen zu wollen.

Es wird nun in die Beratung der Statuten für das intern. Sekretariat eingetreten und dasselbe auf Grund des Londoner Entwurfs, zum Teil in Fassung der französischen Vorschläge mit entsprechenden reaktionellen Änderungen angenommen bis zu § 13. Unter den Wästen, welche dem Kongreß beizubehalten, sind u. a. ein Regierungsrat des Kantons Bern sowie Kollege Saraceni (Italien), Delegierter aus dem Londoner Kongreß, eingetroffen. Letzterer wird lebhaft begrüßt, worauf er seinen Dank ausspricht, sowie dem Bedauern Ausdruck giebt, daß es durch die traurigen politischen Verhältnisse in seinem Heimatlande den dortigen Kollegen nicht möglich war, einen eigenen Delegierten zu entsenden.

Nach der Mittagspause wird die Statutenberatung fortgeführt bis zu § 28. Besonders entzündet sich über die Frage, wo die Gelder des Sekretariats, die nicht zur Führung der händlichen Geschäfte nötig sind, angelegt werden sollen, eine lebhafteste Debatte. Der franz. Deleg. Dreyfus will prinzipiell festgelegt wissen, daß die Fonds stets in der Londoner Bank, als der sichersten, angelegt werden sollen, einerlei, wo sich das intern. Sekretariat befindet. Die englischen Delegierten erklären, daß es außer der Londoner Bank auch noch andere sichere Banken gebe und wollen daher den prinzipiellen Beschluß, daß die Gelder in einer Bank in England deponiert werden sollen, wogegen sich die deutschen und Schweizer Delegierten entschieden erklären, mit der Begründung, der Fonds des Sekretariats müsse sich immer

dort befinden, wo letzteres seinen Sitz ebenfalls habe. Der Vorschlag Dreyfus wurde jedoch gegen die deutschen und Schweizer Stimmen angenommen. Kollege Schmidt beantragte hiermit einen Zusatz, welcher ausdrücklich besagt, daß jedes intern. Kongreß eine Veränderung dieses Beschlusses vorbehalten bleibt, obwohl ja der Kongreß jederzeit die Statuten ändern könne; es ist indessen vorher zu entscheiden betont worden, der Fonds solle „für ewige Zeit“ in England bleiben und deshalb halte er sich für verpflichtet, auf diesem Punkte zu bestehen. Auf den Einwand, daß durch die Schlußbestimmungen des Statuts die Rechte des Kongresses genügend gewahrt seien, sowie auf die Zusicherung hin, daß dieselbe im Protokoll ausdrücklich aufgenommen werde, zog Schmidt seinen Antrag zurück.

Bezüglich der Verwendung der Gelder wird beschlossen, daß vorläufig aus dem angesammelten Fonds keine Streikunterstützung gezahlt werden soll, bis der nächste Kongreß nach der bis dahin gemachten Erfahrung alles weitere bestimme. Nachdem nun noch der vorhin beschlossene Vertragszettel für das Sekretariat und den intern. Widerstandsfonds (40 Pf. = 50 Centimes pro Organisationsmitglied jährlich) in das Statut aufgenommen war, wurde die weitere Beratung auf Sonntag vertagt.

Abends 8 Uhr fand im Kongreßlokal Café des Alpes ein großes Bankett statt, an welchem fast alle Berner sowie verschiedene Kollegen aus Zürich, Karau u. teilnahmen. An Stelle des verhinderten Regierungsrates v. Stelger war Regierungsdirektor Müller (Sozialist) als Vertreter der Kantonsregierung Bern, der Stadt ein ebenfalls sozialdemokratischer Stadtrat als Vertreter erschienen. Beide hielten Reden, ebenso die Delegierten Schöppe, Dreyfus, Kellen und Scherer (Schweiz). An das Bankett schloß sich eine Abendunterhaltung, nachdem den Delegierten durch zwei Jungfrauen der bei solchen Gelegenheiten übliche Ehrenwein der Stadt Bern kredenzt war. Ein darauf folgender Ball währte bis zum Tagesgrauen.

Zu Beginn der 5. Sitzung teilte der Vorsitzende ein Beglaubigungsschreiben der Rührer Kollegen mit.

Aus der Beratung des Protokolls ergab sich, daß die Fassung der Statuten sehr gut ausgeführt ist.

Nachdem auf besonderen Antrag der englischen Delegierten, um gegen die Arbeiterverfolgungen in Italien zu demonstrieren, der als Gast anwesende Kollege Saraceni zum Vizepräsidenten ernannt war, wurde in der Beratung des Statuts fortgefahren. Da über Streikunterstützungsbestimmungen nach dem gestern gefaßten Beschluß erst der nächste intern. Kongreß zu befinden hat, so wurde auf Antrag des Schweizer Delegierten Scherer zunächst über die einzuführende internat. Reiseunterstützung beraten.

Nach langer Debatte und nachdem ein Antrag der englischen Delegierten, daß der Beitragsbetrag der von einer Landesorganisation an die respektiven Mitglieder der Organisation eines anderen Landes gezahlt werde, der betr. Organisation rückvergütet sei, abgelehnt war, wurde beschlossen, daß bis zum nächsten Kongreß überall das landesübliche Blatt zum zahlen sei; nach den gemachten Erfahrungen soll dann das intern. Sekretariat dem nächsten Kongreß entsprechende Vorschläge machen. Es wird sodann der übrige Teil des Statuts, vorbehaltlich der reaktionellen Änderungen, an bloß angenommen. Die französischen Anträge für den nächsten Kongreß werden gleichfalls dem internationalen Sekretariat überwiefen.

Die Einzahlung der Beiträge für das internationale Sekretariat soll vom 1. Oktober ab gerechnet und der erste Quartalsbeitrag am 31. Dezember d. J. eingezahlt werden. Die Wahl des Exekutivkomitees (Sekretariats) soll sofort vorgenommen werden; seine Thätigkeit beginnt mit dem 1. Januar 1899.

Mit den üblichen Dankeserklärungen seitens der Präsidenten und der Erwiderung seitens verschiedener Delegierten wird sodann Mittags 2 Uhr der zweite internat. Lithographenkongreß geschlossen.

### Zum Streik in Niedersiedlik.

An der Alltagsgesellschaft für Kunstdruck, vorm. Wälder u. Vid in Niedersiedlik ist nunmehr der Streik ausgebrochen. Was die Lithographen durch monatelange Unterhandlungen mit der Geschäftsführung auf gutlichem Wege vergebens anstreben, — die geplante Einführung der Accordbarbeit abzuwehren — das müssen sie jetzt mit der Arbeitunterbrechung erkämpfen. Und von der Firma ist der Kampf aufgenommen worden, als bestähe sie ein Recht darauf, eine unbegrenzte Arbeitsleistung zu erzwingen. Das läßt indes nicht zelligen wird, dafür bürgt das einmütige Zusammenstehen der Streikenden und die Solidartät der Kollegen Deutschlands.

Die Accordbestimmungen des Geschäftes sind nicht erst der letzten Zeit entsprungen. Schon bereits vor zwei Jahren, als die Firma ihren Sitz nach in Leptly hatte, wurde dieses Ansuchen an die Lithographen gestellt, aber damals schon von den Lithographen energisch zurückgewiesen. Als Direktor Vid seine Absicht an dem geschlossenen Austritt seiner Arbeiter scheitern sah, äußerte er: „Nun dann machen wir diese Arbeiten noch auf Lohn, sie müssen gut werden.“ Damit hat der Herr zugegeben, daß Accordbarbeit, solche minderwertiger Güte ist und der Lithograph, der diese auszuführen hat, sich zu einer minderwertigen Kraft zurückentwickeln muß. Und angesichts dieser, sogar von einem Unternehmer anerkannten Thatsache, soll der Lithograph sich in seinen technischen Fähigkeiten freiwillig herabdrücken, entwerthen lassen?

Was der Firma in Oesterreich durchzuführen nicht möglich war, daß verjast sie nun, nach ihrer Wiederbesetzung in Deutschland. Nun, die Kollegen werden ihr zeigen, daß auch dieses mal der Versuch an der Solidartät der Arbeiter scheitern wird.

Wie bereits in der letzten Nummer der „Gr. Pr.“ berichtet, wurde nach dem resultatlosen Unterhandlungen mit dem Direktor Vid von den Lithographen am Montag durch eine Resolution mit Namensunterschrift die Kündigung eingeleitet. Darauf erfolgte am Mittwoch, seitens der Firma folgende Antwort:

Nachdem wir dem uns gestellten Ansuchen, bis heute die Accordbarbeit abzuschaffen, nicht entsprechen können, nehmen wir heimlich die Kündigung der unterzeichneten Herren zur Kenntnis.

Alltagsgesellschaft für Kunstdruck vorm. Wälder & Vid.

Kurz und bündig! Man wird diese Antwort erst vorzulegen, wenn man in Betracht zieht, daß unter den in Kündigung stehenden, Leute dabei sind, welche dem Geschäft ihre Arbeitskräfte länger als zehn Jahre schon zur Verfügung stellen. Die Lithographen haben auf eine andere Antwort freilich nicht gerechnet und werden den Kampf mit aller Ausdauer bis zum Schluß führen.

Am Ausstand beteiligt sind 20 Mann, davon 6 verheiratet. 4 Mann haben bereits anderweit Stellung gefunden und noch eiliche sicherer Kondition in Unterhandlung, so daß es ein leichtes sein wird, in kurzer Zeit alle Ausstehenden unterzubringen. Dagegen haben sich von dem Streik 2 Deutsche und 5 Wäldern ausgeschlossen.

Jetzt wo der Lithograph gesucht wird wie die Perle am Strande, eine Situation, in der es dem Arbeiter ein leichtes ist, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, man muß sich wirklich wundern, daß sich Kollegen finden, welche sich dieselben verschleiern lassen.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß man den Oberlithographen Kühn, der an der Einführung der Accordbarbeit zum größten Teil Schuld trägt, gefandigt hat. Ebenfalls sucht man auf ihn die Schuld für den Streik abzuwälzen. Diesem Kollegen dürfte es klar geworden sein, daß der Unternehmer auf geleistete Dienste keinen Pflastering Wert legt.

### Briefe von der Wiener Jubiläums-Ausstellung.

Nachdruck verb. Wien, Anfang August.

I.

Der Abend dämmerte. Gegen 8 Uhr fährt der Schnellzug von Teschen ab, durch das Land der Czechen. Im Coupé befindet sich eine Bekanntmachung in czechischer Sprache, jener Sprache, durch die Wabent mit seiner Verordnung dem äußeren Anlaß gab zu den wüsten Szenen im österreichischen Reichsrat, deren Folgen die Sistierung des Parlaments und das Standrecht in Prag war. — Freilich, die Ursachen dieser Kämpfe um die Sprachenverordnung liegen tiefer, sie sind in der ganzen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Oesterreichs zu suchen, die viel Lehrreiches und Interessantes bietet. —

Ein halbes Jahrhundert ist vergangen seit der Märzrevolution und seit dem Regierungsantritt des Kaisers Franz Joseph, dem zu Ehren die Jubiläums-Ausstellung im Wiener Prater stattfindet, um Zeugnis abzulegen von der wirtschaftlichen Entwicklung, welche Oesterreich in den letzten fünfzig Jahren durchgemacht hat. Als Franz Joseph im Jahre 1848 mit achtzehn Jahren Kaiser von Oesterreich wurde, ließ er in einem Manifest verkünden: „Das Bedürfnis und den hohen Wert zeitgemäßer Institutionen aus eigener Ueberzeugung erkennend, betreten Wir mit Zuversicht die Bahn, die uns zu einer heilbringenden Umgestaltung und Verjüngung

der Gesamt-Monarchie: führen soll. Auf den Grundlagen der wahren Freiheit, der Gleichberechtigung aller Völker des Reiches und der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, sowie die Teilnahme der Volksvertreter an der Gesetzgebung wird das Vaterland neu erstehen in alter Größe, aber mit verjüngter Kraft.“ Schöne Worte, die aber heute, da der wirtschaftliche und politische Niedergang Oesterreichs offenkundig ist, gar eigentümlich klingen, so daß es besser gewesen wäre, sie in den offiziellen Festartikeln garnicht zu erwähnen.

Als mit dem Sturze des stuchwürdigen Metternich'schen Systems auch dessen bis dahin allmächtiger Minister fiel, äußerte er beim Unterschreiben seiner Abdankungsurkunde, er unterzeichne den Untergang Oesterreichs. Und diese Prophezeiung wäre schon längst in Erfüllung gegangen, wenn jene Phrasenhebeln am Ruder geblieben wären, die damals die Erfolge der Revolution ganz allein für ihre Sonderinteressen ausbeuten wollten. Aber seit der unglücklichen Revolution beteiligten sich auch andere Volksschichten, wenn auch nicht in ausübender so doch in überwachen Stellung an der Verwaltung des Staates. Nur eine Klasse der Gesellschaft ist es in Oesterreich, die den nationalen Frieden will, das Land vor dem gänzlichen Zusammenbruch zu bewahren sucht — die organisierte Arbeiterschaft. „In Oesterreich aber ist die Sozialdemokratie noch mehr: sie bildet dort, abgesehen von einer Handvoll bürgerlicher Demokraten und „Sozialpolitiker“ in Wien, die einzige moderne Partei, sicher die einzige moderne Partei von Belang.

Alle anderen Parteien, auch die des bürgerlichen Liberalismus, sind, wie wir gesehen haben, durch ihre nationalen Tendenzen und Traditionen an Ideale der Vergangenheit gefesselt.“ So schreibt Karl Kautsky und wie recht er mit diesen Worten hat, davon sollte ich mich in Wien überzeugen. Dem heute noch mächtigen Feudaladel und dem Pfaffenstum hat es Oesterreich zu danken, wenn es kein einheitlicher moderner Staat ist, sondern ein Konglomerat von Staaten und Stättchen, das nur durch die Dynastie zusammengehalten wird und in dem die wilden Nationalitätenkämpfe herrschen. Die unsagbar traurigen politischen Verhältnisse Oesterreichs, die Getreide- und Ochsen- und Schweinekrise, die mit dem verhängselten Ungarn geföhrt wurden, haben die österreichische Industrie schwer getroffen, denn der österreichische Felsch- und Bodenfruchtensument mußte die Kosten dieser Krise mit den Agerarten zahlen. So ist es denn dahin gekommen, daß das schöne fruchtbare und gewerdefähige Oesterreich, dessen Handelschiffte im ersten Betriebsjahre des Suezkanals der Zahl nach an zweiter Stelle, unmittelbar hinter England kamen, die vornehme Stellung an Deutschland abtreten mußte und heute das kleine Dänemark zum Vordermann hat. Der wirtschaftliche Niedergang des Landes wird auch offiziell von den Handelskammern bestätigt.

Fortsetzung folgt.

### Korrespondenzen.

**Satzungen.** Die von hier gemeldeten Differenzen sind vorläufig beigelegt.

**Niederösterreich, Auktion!** Da wir in Erfahrung gebracht haben, daß sich einige Privatlithographen der Firma: Aktiengesellschaft für Kunstbrud., vorm. Wilner u. Vid., betreffs Anfertigung von Lithographien angeboten haben, so eruchen wir die Kollegen, dieselben zu verweigern. — J. A.: Die Kommission.

**Hamburg.** Am 13. d. M. hielt die hiesige Mitgliedschaft eine Versammlung ab, welche sich wesentlich mit dem Streik der Bäckereiarbeiter beschäftigte. Da trotz rechtzeitiger Bestellung ein Referat nicht erschien, so übernahm der Bevollm. Müller selbst das Referat. In sachlicher Ansführung erklärte derselbe die Forderungen der Bäckergesellen, den bisherigen Verlauf der Streikts und die Erfolge, welche der, über die nicht bewilligt habenden Bäckermeister, verhängte Boykott gebracht hat. Der weitest größte Teil der Bäder arbeitet unter den neuen Erzeugnissen. Alle Tricks der Innung, als auch des bekannten Arbeitgeberverbandes erwiesen sich als ein Schlag ins Wasser. Zum Schluß forderte Müller die Kollegen zur thätigsten Unterstützung der Streikenden auf und ersucht darauf das Hauptaugenmerk zu richten, daß der Boykott wirksam durchgeführt wird. Kein Brod aus solchen Bäckereien, wo die Forderungen der Bäckergesellen nicht bewilligt sind. Unter Punkt „Verschiedenes“ teilt der Bevollmächtigte mit, daß er auf Grund des Artikels in Nr. 31 der „Gr. Presse“, unterzeichnet, von einem Mitgliede des deutschen Genesf-Bundes an die Verwaltung des S.-B. in Hamburg das Ersuchen gerichtet habe, eine Versammlung einzuberufen und die Berichtigungsaufträge auf die Tagesordnung zu setzen. Müller verliest hierauf die ihn durch den Vorsitzenden, Herrn Andraesen, zugegangene Antwort, worin sein Gesuch abgelehnt und er auf die Benützung der „Gr. Pr.“ verwiesen wurde. Kollege Müller erklärte letzteres selbstverständlich jetzt auch zu thun. Redner unterzog in drastischer Weise das Verhalten der leitenden Personen des Genesf-Bundes einer herben Kritik, dabei bemerkbar, daß wohl jeder Kollege, welcher den Dichter des „Achtstundentages“ bei der Waiserei 91 und 93 bewundert und denselben bei fürzlich bei dem patriotischen Klamm-Baum als Hauptadlanten gesehen habe, sich selbst ein Bild machen könne. Es sei aber Zeit, daß in der Leitung des S.-B. ein frischer Zug komme und mit diesem allen verdorbenen Egoismus aufgeräumt würde. Nachdem Redner noch die Verhindernde Resolution erläutert, forderte derselbe die Kollegen auf, für Verwirklichung derselben einzutreten. Folgende Kollegen wurden noch als ausgesprochen resp. ausgetreten bekannt gegeben. Ausgeschlossen sind: W. Gaoß, Sidr., Th. Jürgensen, Sidr., G. Müller, Utz., W. Gaoß, Utz., G. Aldinger, Utz., J. Hansen, Sidr., H. Sander, Sidr., S. Strich, Sidr. Ausgetreten sind: G. Schmidt, Utz., G. Andraesen, Sidr., G. Großendörner, Hilsbarb., A. Berneder, Sidr., G. v. Hofel, Hilsbarb., G. Bekken, Hilsbarb., A. Burckhardt, Hilsbarb. Es ist aber trotzdem auch ein erfreulicher Zuwachs von Mitgliedern zu verzeichnen. Trotz der brüderlichen Hilfe folgten alle Anwesenden den Verhandlungen bis zum Schluß mit dem größten Interesse. R. P.

**Leipzig.** Am 9. August fand hier im Saale des Pantheon eine öffentliche Versammlung der Lithographen, Steinbruder, Buchstuck- und Tapetendrucker und verw. Berufsgenossen statt. Nachdem ein Bureau gewählt war, gab Kollege Lindner zu Punkt 1 der Tagesordnung, Wahl einer „Präkommission“ nochmals einen kurzen Bericht über die Thätigkeit der Präkommission, gleichzeitig hinweisend auf die Generalversammlung in Frankfurt a. M. vorüber ausführlicher Bericht erfolgt sei. Die Generalversammlung habe den Sitz der Präkommission in Leipzig befestigt, weshalb sich eine Neuwahl derselben nötig macht. In der darauffolgenden Wahl wurden die Kollegen Lindner, Dämmling und Karl Hesse als Mitglieder der genannten Kommission gewählt. Die Genannten nahmen die Wahl an. Zu Punkt 2: „Unsere Geschäftsfrage und die Arbeitslosenunterstützung“ referierte an Stelle Stillers Kollege Schöppe-Berlin. In einem beifällig aufgenommenen Referat betraufschauend derselbe die Entwicklung der Gewerkschafts- resp. Arbeiterbewegung mit Hinweis auf England, wo der Anfang der Bewegung in eine frühere Zeit fällt als in Deutschland, da ja England sich früher industriell entwickelte und infolgedessen auch die Arbeiterbewegung. So erklärt er sich auch, daß die Lithographen und Steinbruder prozentual höher (80—85 Proz.) organisiert sind als in Deutschland. Zum weiteren Ausbau der Gewerkschaften hat es sich notwendig erwiesen, den Kollegen in Reihen der Kritik, sowie in anderen gegebenen Fällen eine Stütze zu bieten und so sind wir darauf gekommen, eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Referent teilt die Ansicht, daß die gegenwärtige gute Geschäftslage in der Lithographie und Steinbruderei wohl hauptsächlich durch die Ansichtspostkarten-Wante hervorgerufen worden ist. In absehbarer Zeit jedoch muß der Weltmarkt infolge des Handels damit überflutet sein und ein empfindlicher Rückschlag eintreten. Es ist daher eines jeden Kollegen Pflicht bei gutem Geschäftsgang alle Kräfte zu sammeln und zu vereinen, um möglichst viel zu erringen, denn sobald die Kritik eingetreten, ist es zu spät. Referent schließt mit der Aufforderung an die Kollegen, auch fernestreu treu und fest zur Organisation zu stehen. In der darauffolgenden Diskussion wird auch die Glogauer Angelegenheit einer scharfen Kritik unterzogen. Infolge der Arbeitslosenunterstützung der Glogauer Lithographen verurteilt die Herren Arbeitgeber, die Arbeiter in anderen Städten herzustellen zu lassen, welches bereits zur Zurückweisung einer derartigen Arbeit in einer hiesigen großen Privatlithographie geführt hat. (Zu wünschen ist, daß

man allerorts so verfährt.) Ebenso wurde von verschiedenen Rednern das Verhalten eines Teiles hiesiger Lithographen verurteilt, deren Beitragen es ist, durch das freie Verhalten an der Sonderorganisation, Beispieltung in die Reihen der Lithographen zu bringen, statt die Beschlüsse der Frankfurter Generalversammlung zu respektieren. Ja man hat sogar, um sich den Schein einer auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation zu geben, einen Delegierten zum hiesigen Gewerkschaftstakt entlannt. Die central-organisierten Kollegen sind aber doch anderer Meinung, da bereits ein Lithograph und ein Steinbruder vertreten sind. Sollte man nicht zugeben, daß lokalorganisierte Kollegen sich besonders im Gewerkschaftstakt vertreten lassen. Es würde auch nur zu Unannehmlichkeiten führen, wenn von einem Verufe zwei Vertreter anwesend sind. Nach längerer heftiger Debatte wurde folgende Resolution gegen 1 Stimme angenommen: „Die heute am 9. August im Saale des Pantheon tagende öffentliche Versammlung der Lithographen, Steinbruder u. erklärt sich mit der Beschlüsse eines zweiten Lithographen als Delegierten zum Gewerkschaftstakt nicht einverstanden und erwartet von Seiten des Gewerkschaftstakts eine bindende Erklärung.“

Zu Punkt 4 schiederte Kollege G. die Verhältnisse in der Buchstuckdrucker, welche sehr traurige seien und die Hoff. endlich zu der Ueberzeugung gekommen sind, sich zu organisieren. Da aber durch die lokale Organisation keineswegs die Verhältnisse geändert und gebessert werden können, sondern nur durch eine große zentrale Organisation, habe man sich entschlossen, dem Verein der Lithogr., Steinbr. u. Ver. Jungs. Deutschl. beizutreten, in der Hoffnung, bessere Zustände in der Buchstuckbranche herbeizuführen. — Vorigerörtert Zeit halber mußte von einer Diskussion abgesehen werden und beschloß man, den letzten Punkt nochmals in der nächsten öffentlichen Versammlung zu verhandeln. H.

### Verschiedenes.

**Rolle auf Druckerzeugnisse in Belgien.** Nach einem von der deutschen Handelskammer in Brüssel verfaßten Rundschreiben ist der Erlaß vom 3. März 1898, der sehr ungünstige Follerhöhungen verleiht, infolge der Ermäßigungen der genannten Kammer aufgehoben und durch nachstehenden förmlichen Erlaß vom 25. Juni ersetzt worden: Die Eingangszölle auf „typographische Produkte“, andere als Bücher, Journale und periodische Veröffentlichungen, geographische und Seelarten, gestochene oder gedruckte Musiknoten, künstlerische Stiche, Schmitte oder Lithographien, werden wie folgt festgesetzt: Druckfaden, lithographische, 100 Kilogramm 18 Frs. Hierunter gehören alle Druckfaden, welche mit Hilfe beweglicher Letzen, sogenannten Drucklettern, mit oder ohne Klotzes im Text hergestellt sind; ausgeschlossen sind jedoch Einzeletten und andere Druckfaden, schwarz oder farbig, hergestellt nach dem sogenannten Congretdesystem, Photogravure oder ein ähnliches System, welche unter die „Lithographischen Druckfaden“ gehören, ferner gehören in diese Klasse, gleichviel durch welches Druckverfahren hergestellt, die Bilderbogen nach Art der Münchner, sowie Pappter, Säcke oder Beutel zu Emballage mit Aufdruck in einer oder zwei Farben. Druckfaden, lithographische, chromolithographische, photolithographische, chromotypographische, phototypographische, zinnoberfarbige und andere Reproduktionen von Zeichnungen oder Gravuren auf Holz, Metall oder Stein, nicht besonders arbeitsfähig: ein- oder zweifarbig auf Karten oder Karton 100 kg. 18 Frs., auf Papier 35 Frs. In mehr als zwei Farben auf Karten oder Karton 100 kg. 40 Frs., auf Papier 70 Frs. Druckfaden auf Papier, welche mehr als 200 g per Quadratmeter wiegen, werden als Druckfaden auf Karten oder Karton betrachtet. Bilder- und Zeichnungen-Albuns und Hefte typographiert, foliert mit dem Pinsel oder auf der Platte, oder nicht foliert 100 kg. 30 Frs. Die Bilder in Albuns oder Blätter nach Art der Münchner Bilderbogen gehören in diese Kategorie, gleichviel durch welches Druckverfahren hergestellt. Alle anderen 1000 kg. 70 Frs. darunter die chromotypographierten und phototypographierten Albuns und Hefte.

Der nächste internationale Arbeiterkongress wird, wie der „Vorwärts“ berichtet, im Späthommer oder Herbst des Jahres 1900 in Paris stattfinden. Auf dem letzten Kongress in London war von deutscher Seite bekanntlich der Wunsch laut geworden, daß nächste internationale Kongress möge in Deutschland abgehalten werden. Da aber, bei der Unsicherheit der Verhältnisse in Deutschland und bei der Unberechenbarkeit des Rücksturzes, Zweifel an der Ausführbarkeit bestanden, so wurde beschloffen, den nächsten Kongress, wenn es angeht, 1899 in Deutschland, wenn das nicht angeht, 1900 in Paris, wohin die französischen Genossen eingeladen hatten, abzuhalten. — Bis in die neueste Zeit hinein verhielten die deutschen Genossen nicht auf die Hoffnung, daß sich in Deutschland ein Ort finden lasse, wo der Kongress ohne Gefahr für die Teilnehmer stattfinden könne. In ein Verbot des Kongresses glaubten wir nicht — hatte doch sogar die preussische Regierung vor einigen Jahren der Abhaltung des internationalen Bergarbeiterkongresses großes sein Hindernis in den Weg gelegt. Freilich, durch die Ausweisung eines (belgischen) Delegierten war auch der praktische Beweis geliefert worden, daß man in einem Polizeistaat auf Alles gefaßt sein muß. Immerhin erachtete man es nicht für ganz unmöglich, daß überhaupt Preussens sich in Deutschland ein Ort finden werde, wo derartige Ueberwachungen nicht zu erwarten seien und wo namentlich für ausländische Delegierte die Gefahr einer Auslieferung an irgend eine verbündete Macht, z. B. Rußland, nicht vorhanden sei. Der Gedanke, einen solchen Ort in dem neuen Deutschen Reich zu finden, hat aber aufgegeben werden müssen. Die Niederlage der Reichsregierung bei den Reichstagswahlen hat die reaktionären Elemente in

eine fieberhafte Angstthätigkeit verlegt, die zwar an sich mehr komisch als tragisch ist, jedoch zu Gewaltthaten führen könnte, denen wir unsere auswärtigen Genossen, unsere Gäste, unter keinen Umständen anliegen dürfen. Marschirt auch Deutschland, wie die Herren Wachhaber uns versichern, an der Spitze der Zivilisation, so ist es leider noch nicht in die Reihe der Kulturstaaten eingetreten, die dem Inländer und Ausländer die persönliche Freiheit und Sicherheit gewährleisten. Darum mußten wir den Gedanken aufgeben, den nächsten Kongress im Jahre 1899 in Deutschland abzuhalten. Und wir legen uns gezwungen, unseren französischen Brüdern die Ehre zu überlassen, denen wir nach Kräften bei den Vorbereitungen für den nun in Paris abzuhaltenden Kongress helfen werden.

### Briefkasten der Redaktion.

**K. Sch.,** Berlin. 20 Pf. Strafporto bezoght.  
**G. F.,** Leipzig. Gleichfalls 20 Pf. Strafporto bezoght.  
**G. W.,** Uba. Ein Brief ist hier von dort nicht eingegangen. Die vorige Nummer ist wie immer expediert. Korrespondenzen zurückgestellt aus: Acherleben, Baupen, Hamburg und Karlsruhe.

### Anzeigen.

Alle graphischen Arbeiter von **Limbach und Umgeg.** werden für **Sonntag, den 28. August, vormitt. 11 Uhr** zu einer

**geselligen Zusammenkunft** im Restaurant „Schweizerhaus“ in Limbach, Viehmerstr. höflich eingeladen. Unter anderem wird Kollege O. Friedemann aus Gemblitz über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse um Verbesserung ihrer Existenz“ referieren. — Hierauf allgemeine Besprechung, dann gemüthliches Beisammeln.

### Die Mitgliedschaft Limbach.

**Gesangverein „Senefelders“, München.**  
Sonntag, den 4. September 1898  
**Familien-Unterhaltung mit Tanz**  
in den „Augustenställen“,  
wozu wir alle Kollegen, Freunde und Gönner des Vereines freundlichst einladen.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 20 Pf.  
Das Komitee.

### Chromo-Lithographen

in Feder und Kreide thätig, sofort gesucht. Gute Bezahlung bei achtstündiger Arbeitstzeit.

**Fritz Laun, Fürth (Bayern.)**

**Achtung! Lithographen und Drucker.**  
Bei Engagement nach Wübbel bitten wir die Kollegen in ihrem eigenen Interesse vorher Erkundigungen beim Bevollmächtigten einzulegen.

### Der Vorstand der Poststelle Lübeck.

**Verein Lithographia, Nürnberg.**  
Vereinslokal: „Goldne Krone“, Zeugasse. Jeden **Donnerstag** Vereinsabend.

Beiträge für Agitation bis jetzt von den **Quittung.** Basistellen Elberfeld u. Solingen je 5 Mt. erhalten. Das Agitationskomitee f. Rheinl. u. Westfalen.

Wer übernimmt Aufträge in

### Lichtdruck

für Postkarten-Neuheiten.  
Off. T. J. 823 an Haagenstein & Bogler N.-G., Dresden.

### Geschenkskauf.

Eine noch in sehr gutem Zustande erhaltene **Sandpresse** 60 x 80 cm. ist Umzugs halber mit allen Zubehör billigst zu verkaufen. Geff. Offerten unter E. Sch. 3 an die Expedition dieses Blattes.

### Leipzig, Restaurant „Graphia“

Verkehrslokal aller graphischen Arbeiter.  
Jeden **Freitag** **Elitetag.**  
Hierzu laaber ergebens ein **O. Grellmann.**  
Frauen-Abend.

### Gutachten.

Ihr elektrischer Klingelapparat ist hier eingetroffen; ich bin sehr befreitigt. Der Preis ist so niedrig, die Ausführung elegant und gut, daß man die Anschaffung dieses praktischen Apparates nur empfehlen kann, zumal die Anbringung im Hause nicht die geringste Fremdenmisstimmung oder Erfahrung verlangt, also von jedem selbst sofort beforat werden kann. Ich bitte mir umgehend einen zweiten Apparat, genau wie diesen ersten, dazu aber noch einen Thürtonnakt, der das Definieren der Thür selbst, schiden zu wollen.  
Ober-Gebeizig, 28. Juli 1898. **gez. Hartig, Warrner.**  
Ich kann es mir also wohl erlauben, noch weiteres zum Lobe meiner Apparate anzuführen. Preis nur Mt. 5.— für den kompletten Telegraphen, bestehend aus sein verwickeltem Telephon, Fernelement von jahrelanger Dauer, 30 Meter Draht und Drucktopf.  
Nichtgefallendes wird innerhalb 6 Monaten gegen Rücknahme des gegebenen Preises zurückgenommen.  
Zu beziehen durch **Ernst Lamberty, Nachf.** Wischornsteinstraße 11.